



Bertin Eichler

Hauptkassierer der IG Metall

Gute Arbeit für Europa

Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2012 in Salzgitter

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit. So lautet unser diesjähriges Motto für den 1. Mai.

Dafür erheben wir heute unsere Stimme. Laut und deutlich und in der gesamten Republik: Gute Arbeit, faire und gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Und zwar für alle Menschen, in ganz Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das gemeinsame Europa ist ein einzigartiges Projekt. Gerade uns Deutschen hat es Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und Freundschaft mit unseren Nachbarn gebracht. Das gilt es zu schützen und zu bewahren!

Wir bekennen uns zu Europa und zum Euro als gemeinsamer Währung. Unsere Wirtschaft profitiert davon, wie kaum eine andere, und sie ist davon abhängig wie kaum eine andere.

Zu einem gemeinsamen Europa gehört mehr als die Verbundenheit in wirtschaftlichen Interessen.

Das Projekt Europa kann nur gelingen, wenn es ein soziales Europa ist! Und vor allem, wenn die Menschen in Europa das Gefühl haben, dass es einigermaßen gerecht zu geht in ihrem Land und in Europa!

Aktuell müssen wir feststellen, dass das gemeinsame Projekt Europa droht, an den Folgen einer verfehlten Politik und falschen Weichenstellungen zu scheitern.

Die Opfer dieser Politik sind die Beschäftigten und sozial Schwachen – heute im Süden Europas und morgen bei uns.

Die Arbeitslosigkeit steigt, Armut breitet sich aus. Am schlimmsten betroffen sind die Jugendlichen, Millionen junger Menschen sind ohne jede Zukunftsperspektive.

In Spanien haben wir eine Arbeitslosenquote bei Jugendlichen von 50 Prozent. Die Arbeitslosigkeit insgesamt liegt bei über 20 Prozent. In Griechenland sieht es nicht anders aus.

Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Rezept der Ökonomen und der Politik lautet:

Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen radikal kürzen.

Hart erkämpfte Erfolge - Mindestlohn, Tarifautonomie, soziale Sicherung – werden europaweit unter dem Deckmantel des Sparzwangs einfach über Bord geworfen. Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften werden offen angegriffen.

Das ist nicht akzeptabel!

Das können und werden wir uns nicht weiter gefallen lassen!

Und daher ist es gut, dass Ihr heute hier seid!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so wird Europa nicht gerettet, so wird Europa zerstört!

Und das dürfen wir nicht zulassen!

Es war nicht die Schuld der Beschäftigten, dass raffgierige Spekulanten ohne jede Moral und ohne jede Regulierung die Weltwirtschaft beinahe in den Abgrund gestürzt haben.

Nicht verantwortungslose, expansive Haushaltspolitik, sondern Deregulierung, Gier der Finanzeliten und ein Leitbild der Unterordnung der Politik unter die Gesetze der Märkte,

waren und sind die Verursacher der Krise.

Finanzmärkte spekulieren ungehindert weiter auf die Pleite ganzer Staaten und gießen somit immer mehr Öl ins Feuer. Alles zum Wohle des Profits.

Gestern Griechenland und Irland, heute Spanien und Portugal, morgen Italien und übermorgen wir.

Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner müssen die Suppe auslöffeln, die ihnen die Profitgier der Banker eingebrockt hat. Die Opfer der Krise werden somit weiter mit neuen Zumutungen belastet, die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt und die wahren Verursacher kommen ungeschoren davon.

Das ist ein Skandal! Das ist unverantwortlich!

Das werden wir nicht weiter akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und seit wann werden Finanzsysteme dadurch in Ordnung gebracht, indem Arbeitnehmerrechte eingeschränkt werden? Die Wirtschaft soll wieder in Gang kommen, indem man die Gewerkschaften schwächt?

Dieses Verhalten der Politik in Europa ist geradezu absurd! Das ist lächerlich!

Ein Herzpatient wird auch nicht dadurch wieder gesund, dass man ihm das Bein amputiert, sondern indem man ihm ein neues Herz implantiert!

Kolleginnen und Kollegen,

was wir in Deutschland und Europa brauchen, ist ein grundlegender Kurswechsel! Wir brauchen eine europäische Politik, die endlich eine gemeinsame Verantwortung übernimmt – und zwar für ganz Europa! Wir brauchen eine Politik der Solidarität zwischen den Ländern und zwischen den Menschen.

Schuldenstände nachhaltig abbauen, ja!

Aber zu fairen Bedingungen und nicht durch eine restriktive Sparpolitik!

Damit werden weder die Schulden getilgt noch bekommt man damit die Arbeitslosigkeit in den Griff.

Das ist eine Sackgasse!

Diese Politik führt nur noch tiefer in die Rezession.

Europa darf nicht mit Fiskalpakt und Schuldenbremse kaputt gespart werden!

Zu einem wirtschaftlich koordinierten und demokratischen Neuanfang gehören eine gemeinsame Wirtschaftsregierung und die Bereitschaft, die Lasten in Europa fair zu verteilen.

Dazu gehört auch ein effektives und gerechtes Steuersystem (Einführung der Finanztransaktionssteuer und Besteuerung großer Vermögen, Erbschaften und Einkommen).

Wir brauchen Investitionen in qualitatives Wachstum und Beschäftigung, das heißt Bildung, Forschung, Infrastruktur und die Entwicklung nachhaltiger ökonomischer Strukturen.

Das ist der Schlüssel zur Überwindung der Krise.

Mindestlöhne, Leiharbeit, Rente mit 67.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für den notwendigen Kurswechsel müssen und werden wir uns in den kommenden Monaten in den Betrieben und gesellschaftspolitisch einmischen.

Das ist bitter nötig!

Selbst in dem wirtschaftlich starken Deutschland können Millionen Menschen durch prekäre Beschäftigungssituationen nicht von ihrer Arbeit anständig leben.

Millionen Menschen, vor allem Junge, haben keine Sicherheit und keine Perspektive. Das sind absolut inakzeptable Zustände, Kolleginnen und Kollegen!

Der Trend zu immer mehr Leiharbeit, mehr Minijobs und befristeter Beschäftigung nimmt stetig zu.

Das ist nichts anderes als Lohndumping, das ist unsozial und wirtschaftlich kontraproduktiv!

Daher kämpfen wir für flächendeckend vernünftige Mindestlöhne.

Per allgemeinverbindlichem Tarifvertrag und per Gesetz!

Das absolute Minimum muss 8,50 Euro sein!

Von noch weniger kann in Deutschland kein Mensch anständig leben.

Es ist allerhöchste Zeit, das in Ordnung zu bringen!

Das Gleiche gilt beim Thema Leiharbeit.

Hier geht es nicht um Flexibilität zur Abdeckung von Auftragsspitzen, wie die Arbeitgeber immer sagen.

Nein, hier geht es um Missbrauch und die Schaffung billiger Arbeitsplätze mit dem Erpressungspotenzial unserer Stammbeschaften.

Zweiklassengesellschaften in den Betrieben sind ein Skandal. Schreiend ungerecht, nicht akzeptabel!

Gleiche Arbeit – Gleiches Geld – Gleiche Rechte.

Das ist unsere Forderung!

Wir wollen einen fairen Arbeitsmarkt – mit Chancen für alle Beschäftigten!

Unser Leitbild, unsere Vorstellung von Arbeit lautet:

- gute, sichere, qualifizierte, und anständig bezahlte Arbeit,
- unbefristet und tarifgebunden,
- mit guter Aus- und Weiterbildung, mit der Chance sich zu entwickeln,
- gesund bis zu regulären Rente,
- mit Mitbestimmung und Demokratie.

Das ist das Bild einer Arbeitsgesellschaft, die Zukunft hat! Dafür arbeiten und streiten wir!

Und lasst uns der Politik auch weiterhin klar sagen, was wir von der Rente mit 67 halten!

Immer länger arbeiten, immer höhere Belastungen!

Während gleichzeitig die Jobs für die Jüngeren fehlen! Rentenkürzungen für alle, die nicht bis zum Schluss durchhalten!

Während viele der heutigen Rentnerinnen und Rentner jetzt schon nicht anständig von ihrer Rente leben können!

Das ist ein Irrsinn! Das kann nicht funktionieren!

Alle, die die betriebliche Praxis kennen, wissen das.

Und deshalb gibt es dazu von uns nur eine Antwort:

Wir wollen Regelungen für einen fairen Altersausstieg!

Das heißt flexible Ausstiegsmodelle statt Rente mit 67.

Unterschiedliche Beschäftigtengruppen benötigen unterschiedliche Möglichkeiten für einen fairen und gesunden Ausstieg aus dem Erwerbsleben.

Und wenn man 40 Jahre in die Rente einbezahlt hat, dann muss man auch ab dem 60. Lebensjahr in Rente gehen dürfen und zwar abschlagsfrei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

- 1,5 Millionen junge Menschen (zwischen 20 und 29) sind ohne Berufsabschluss.
- Über 65 Prozent der Auszubildenden wissen nicht, ob sie am Ende der Ausbildung übernommen werden.
- Über 53 Prozent der unter 30 Jährigen sind in prekärer Beschäftigung,
- von der Ausbildung in Mini-Jobs, Praktikum, Leiharbeit, Befristung.

Das ist kein Leben, das ist keine Perspektive, das ist eine Zumutung für die jungen Menschen, das ist nicht hinnehmbar!

Die Zukunftschancen dieser jungen Menschen werden verbaut, man entzieht ihnen die Grundlage für eine selbstbestimmte Lebens- und Berufsplanung.

Auch der Zugang zur Bildung, und damit die Chancen der Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen, wird nicht über Leistung, sondern über den Geldbeutel der Eltern bestimmt.

Eine gerechte Gesellschaft sieht anders aus.

Für uns steht fest:

Anstelle von unnötigen Diskussionen über Fachkräftemangel brauchen wir höhere Investitionen in Bildung und ein gerechtes Bildungssystem.

Und dazu gehört auch eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung!

Ausbildung und unbefristete Übernahme ist die beste Investition in die Fachkräfte von morgen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ver.di ist vor wenigen Wochen ein guter Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst gelungen. Es war höchste Zeit, dass die Beschäftigten dort endlich mehr Geld bekommen. Sie leisten gute Arbeit und deshalb ist es nur gerecht, wenn sie dafür auch anständig bezahlt werden!

Ich gratuliere unseren Kolleginnen und Kollegen von ver.di zu diesem Ergebnis. Das ist Euer Erfolg! Das kann sich sehen lassen!

Die Metallarbeitgeber haben uns in der aktuellen Tarifrunde ein Angebot unterbreitet, das sie als eine „spürbare Reallohnsteigerung“ und einen „Lösungsvorschlag“ für unsere Tarifrunde bewerten.

- 3,0 Prozent Lohnerhöhung für 14 Monate,
- den Verweis auf die Zuständigkeit der Arbeitgeberverbände der Leiharbeitsfirmen in der Frage der Regelung von Leiharbeit,
- die Erhöhung der Flexibilität durch Ausweitung des 40-Stundenanteils,
- die Anrechnung der Kostensteigerungen aus Regelungen zur Leiharbeit auf die Lohnsteigerung,
- keine verbindlichen Zusagen zur Übernahme der Auszubildenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das ist kein Lösungsvorschlag, das ist eine Provokation!

Mit goldenen Bilanzen aus 2011 im Rücken und guten Aussichten für 2012 machen sie uns ein Angebot, das, auf 12 Monate gerechnet, gerade mal eben so der Reallohnsicherung“ entspricht.

Von einer „Steigerung“ kann hier mitnichten die Rede sein. Selbst unser Tarifabschluss 2010 in der Krise lag mit 2,7 Prozent höher als dieses Angebot.

Lasst es mich ganz klar sagen: Wir werden uns nicht mit diesem „Billigangebot“ abspeisen lassen!

Eine faire Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Darauf haben wir Anspruch. Wir haben mehr verdient!

Und daher bleibt es dabei: 6,5 Prozent mehr für 12 Monate. 6,5 Prozent mehr – das ist finanzierbar, das ist gerecht und das ist auch notwendig.

Auch bei unseren qualitativen Forderungen nach mehr Mitbestimmung beim Einsatz der Leiharbeit und der unbefristeten Übernahme junger Azubis haben sie sich keinen Millimeter bewegt.

Im Gegenteil: sie fordern die Ausweitung der betrieblichen Flexibilität; im Kern wollen sie – scheibchenweise - zurück zur 40-Stundenwoche!

Diese Rechnung haben sie ohne den Wirt gemacht.

Für uns bleibt es dabei: Eine Arbeitswelt mit zwei oder mehr Klassen von Beschäftigten ist schreiend ungerecht.

Wir werden uns auch nicht damit abfinden,
dass die Metallarbeitgeber und die Verbände der Verleihunternehmen versuchen, sich gegenseitig die Bälle hin und her zu spielen.

Es ist höchste Zeit, dass
erstens Betriebsräte beim Einsatz und den Bedingungen des Einsatzes von Leiharbeit
wirksam mitbestimmen können.

Und zweitens Leiharbeiter anständig bezahlt werden,
das heißt: gleiche Arbeit – gleiches Geld, und zwar sofort!

Für die Übernahme der Auszubildenden bieten uns die Arbeitgeber lediglich
unverbindliche Absichtserklärungen an.

Das sind nichts mehr als lose Empfehlungen an die Unternehmen.

Wie bisher?!

Das heißt weiter so mit der fehlenden Zukunftsperspektive und weiter so mit der
prekären Beschäftigung.

Nicht mit uns!

Mit diesen Floskeln geben wir uns nicht ab!

Wir wollen Sicherheit und Perspektive für die jungen Menschen, statt leerer
Absichtserklärungen.

Ich sage nur: Was in der Stahlindustrie funktioniert, funktioniert auch genauso in der
Metallindustrie!

Warum denn auch nicht?!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer unsere Argumente nicht hören will, muss fühlen!

Eins ist dabei klar:

Die Arbeitgeber messen uns nicht an der Zahl der Kommentare in der Presse,
sondern an der Zahl unserer Mitglieder.

Sie messen uns nicht an der öffentlichen Stimmung, sondern an der Mobilisierung für
unsere Forderungen.

Damit ein ordentliches Plus in Euren Taschen landet, müssen wir jetzt alle gemeinsam ordentlich Druck machen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Tarifrunde ist keine Frage des Rechenschiebers oder der großen Reden, eine Tarifrunde ist im Wesentlichen auch eine Frage der Mitglieder!

Lass uns das gemeinsam anpacken, für einen guten Tarifabschluss, für „Gute Arbeit - sicher und fair“!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Atomkatastrophe von Fukushima 2011 hat zu tiefer Bestürzung und Fassungslosigkeit über das geführt, was Japan erst durch den Tsunami und dann durch den anschließenden Super-GAU in dem Atomkraftwerk erleiden musste. Dieses Ereignis hat uns erneut vor Augen geführt, wie unbeherrschbar die Atom-Technologie ist.

Nicht zuletzt Dank unseres Engagements, gemeinsam mit vielen anderen Bündnispartnern, konnten wir in Deutschland den Ausstieg aus dieser Technologie herbeiführen.

Und wir müssen dafür sorgen, dass das so bleibt!

Raus aus der Atomenergie – rein in die Energiewende, Vorrang für energie- und ressourceneffiziente Technologien in Wirtschaft und privatem Sektor! Das ist unser Leitbild.

Deutschland hat hier in der Welt eine besondere Verantwortung. Alle Länder schauen auf uns, ob wir diese Herausforderung der Energiewende meistern.

Für uns steht fest: Ein Wachstums- und Wohlstandsmodell, das auf einem scheinbar unbegrenzten Energie- und Materialverbrauch beruht, hat keine Zukunft.

Die IG Metall ist bereit, den erforderlichen energiepolitischen Wandel zu fördern und zu begleiten. Das heißt:

- klare Positionierung zum Atomausstieg,
- konsequenter Ausbau der Erneuerbaren Energien,
- grundlegende Modernisierung der bestehenden fossilen Kraftwerke (Kohle, Gas, Kraft-Wärme-Kopplung),
- ein Höchstmaß an Energieeffizienz in allen Bereichen (Gebäudetechnik, Produktion und Verbrauch von Produkten),
- Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes,
- Ausbau der Stromnetze und Investitionen in neue Energiespeicher.

Dabei darf der notwendige Umbau der Energieversorgung nicht zu untragbaren Belastungen der privaten Haushalte und der energieintensiven Unternehmen führen.

Sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung sowie die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, sozial und tariflich abgesichert, ist die zentrale Voraussetzung für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand.

Wir fordern daher die Politik auf:

Kommen Sie ihrer Verantwortung nach!

Schaffen Sie die erforderlichen Rahmenbedingungen, um den erforderlichen strukturellen Wandel zu steuern!

Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, die konsequente Umsetzung der Energiewende durch eine Industriepolitik zu begleiten, die beteiligt, die aktiviert, die koordiniert und so notwendige Veränderungen realisiert!

Das will die breite Mehrheit der Bevölkerung und das ist Politik für die Mehrheit der Menschen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Faschismus und Rechtsextremismus sind eine akute Gefahr, an die wir uns nicht nur an historischen Gedenktagen schauernd erinnern.

Seit 1990 gab es in Deutschland insgesamt 182 Opfer rechtsradikaler und rassistischer Gewalt.

Rechtsradikaler Terror zielt auf die Werteordnung von Demokratie und Menschlichkeit. Offenheit, Toleranz und Respekt, das sind Tugenden, die Nazis und Rassisten verachten und mit Füßen treten.

Die Gewerkschaften des DGB stehen an der Seite aller Menschen, die sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der Jeder, in der Jede ohne Angst vor Verschiedenheit leben kann.

Wir bleiben aktiv, in vielfältigen Bündnissen, Initiativen und Aktionen. Rechtsradikale und rassistische Gedanken dürfen das Wertegefüge der Gesellschaft nicht verschieben.

Wir lassen uns das Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen verschiedenster ethnischer und kultureller Herkunft nicht vergiften!

Mit dem Eintreten für Solidarität und Respekt können wir Vorbilder sein und damit die Gesellschaft verändern.

Das sind wir den Opfern rechtsradikaler und rassistischer Gewalt schuldig.

Unsere Botschaft lautet: „Respekt! – Kein Platz für Rassismus.“

Daher rufe ich Euch auf: Setzt Zeichen für Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt am Arbeitsplatz und überall dort, wo Ihr rassistischen Erscheinungen begegnet.

Diese Werte müssen Maßstab des Handelns sein, nicht nur in den Betrieben und in der Politik. Beteiligt Euch an allen Gegenaktionen, die gegen jede Form der Ausgrenzung von Andersdenkenden kämpfen.

Und an die Politik gerichtet, fordere ich:

Legen Sie endlich einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus sowie zur Förderung der Zivilgesellschaft vor!

Und sorgen Sie endlich für ein Verbot der NPD und ein entschlossenes Vorgehen gegen die Nazipropaganda!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier in Salzgitter habt Ihr mit vielen Aktionen gezeigt, wie das geht. Ihr wart die erste Stadt in Deutschland, die das Respekt-Schild aufgehängt hat.

Die Salzgitter AG gehörte zu den ersten Unternehmen bundesweit, die sich aktiv an der Initiative beteiligt haben. Damit seid Ihr Vorbild für viele andere.

Und daher sage ich als Schirmherr der Initiative „Respekt!“:

Danke schön und weiter so!

Unser Engagement für „Respekt! - Kein Platz für Rassismus“ ist notwendiger denn je.

In diesem Sinne:

Ich wünsche Euch und Euren Familien einen schönen 1. Mai!

Ich danke Euch!